

Beverstedt.

Auch hier:

Alles drin.

***Programm zur
Kommunalwahl 2021***



Global Denken. Lokal Handeln.

Programm 2021

Woran wir uns bei den Grünen orientieren:

- Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen aus globaler Perspektive vertretbar sind. Diese grundsätzliche Haltung sollte sich in sämtlichen Bereichen der politischen Entscheidungsfindung wiederfinden.
- Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und an wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wissenschaft kann Politik jedoch nicht ersetzen.
- Wir orientieren uns am Green New Deal. Dieser neue Gesellschaftsvertrag basiert auf einem Bündnis aus Arbeit und Umwelt und schafft damit einen neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft, er setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei, er sorgt für sozialen Ausgleich und er fördert eine geschlechtergerechte Gesellschaft.
- Die Bekämpfung des Klimawandels wird zur Querschnittsaufgabe und zum Leitfaden für sämtliche Entscheidungen im Rathaus, in der Verwaltung, in der Ratsarbeit, zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie für die kommunale Allmende.
- Wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen. Denn in der nächsten oder spätestens der übernächsten Wahlperiode wird sich entscheiden, ob sich die Klimakatastrophe noch aufhalten lässt oder ob die ergriffenen Maßnahmen unzureichend waren und sich die Dynamik des Wandels verselbständigt. Wir Grüne in Beverstedt wollen uns deshalb mit aller Macht dafür einsetzen, dass die richtigen klimapolitischen Entscheidungen getroffen werden – sowohl auf kommunaler als auch auf allen darüber liegenden politischen Ebenen.

Energie

Energiepolitik ist Umweltpolitik

Mit der beschlossenen Energiewende treten wir endgültig in das postfossile Zeitalter ein. Noch ist nicht absehbar, welche weitreichenden Veränderungen, Herausforderungen und Konsequenzen sich daraus auch auf kommunaler Ebene ergeben. Zweifellos werden wir aber auch hier vor Ort große Herausforderungen bewältigen und wichtige Weichenstellungen vornehmen müssen, wenn der gemeinsame Weg erfolgreich sein soll. Und das kann nur gelingen, wenn entscheidende Akteur*innen wie Bürger*innen, Kommunen, aber auch regionale Unternehmen aktiv zur Energiewende beitragen. Deshalb fordern wir:

- dass Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung zentrale kommunale Handlungsfelder werden,
- den weiteren Ausbau und zusätzliche Effizienzmaßnahmen bei erneuerbaren Energieträgern, Energiespeichern und Stromleitungsnetzen,
- Klimaschutzmaßnahmen bei kommunalen Liegenschaften,

- dass in der Bauleitplanung geprüft wird, ob nachhaltiges Bauen bevorzugt behandelt werden kann,
- Programme zur Förderung von ökologischem Bauen und zur Gründung lokaler Energieagenturen bzw. Bürgergenossenschaften einwerben,
- mehr Gestaltungsmacht für Kommunen,
- die Förderung von Photovoltaikanlagen, unter anderem durch Flächennutzungs- und Bebauungsplanungen hin zu Smart Grid (Intelligente Stromnetze) nicht nur für die Gemeinde,
- eine Rekommunalisierung der Energieversorgung. Denn ganz grundsätzlich gilt: Wer die Netze kontrolliert, der hat gewichtigen Einfluss auf eine bürgernahe, bezahlbare und ökologische Ausgestaltung des Energiesektors!

Energie und Klima

Der Gebäudebestand im Gemeindegebiet weist überwiegend Altbauten auf, deren Unterhaltung zunehmend teurer werden wird. Fortnutzung, Vermietung oder Verkauf dieser Immobilien werden damit deutlich erschwert. Die Grünen setzen sich deshalb dafür ein, dass die Gemeinde Beratungsstellen für Gebäudesanierung und für die Nutzung regenerativer Energien unterstützt.

Die Gemeinde hat eine Vorbildfunktion bei der Energieeinsparung und der Nutzung regenerativer Energien. Bei Sanierungsbedarf öffentlicher Liegenschaften sollten energetische Gesichtspunkte deshalb ein zentrales Entscheidungskriterium sein. Ebenso müssen bei Gebäudeerweiterungen mittel- bis langfristige Betrachtungen in Bezug auf die Energieebenkosten in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Energiegesamtkonzept

Um sämtliche Teilaspekte der Energiewende vor Ort möglichst effizient umzusetzen, ist eine professionelle und durchdachte Gesamtplanung erforderlich. Stattdessen werden aktuell zum Beispiel unsystematisch unterschiedlichste regenerative Energieanlagen geplant und errichtet, ohne dabei ökologische Belange und Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen. Um hier neue Wege zu gehen, muss auch die Bevölkerung stärker eingebunden werden.

Biogasanlagen

Flächendeckender Maisanbau bedroht die Artenvielfalt und sorgt außerdem für eine Verteuerung von Landflächen. Um dem entgegenzutreten, unterstützen wir das 10-Punkte-Papier des NABU-Niedersachsen zum Betrieb von Biogasanlagen.

Die bestehenden Biogasanlagen vor Ort sollten weitestgehend mit organischen Reststoffen betrieben werden. Das entspricht auch der ursprünglichen Grundidee der Biogas-Pioniere. Ebenso sollte das jährlich bei Baumschnittmaßnahmen anfallende Grüngut zur Fertigung von Hackschnitzeln und Pellets für Holzheizungen weitergenutzt werden, um so eine Entlastung der kommunalen Heizkosten zu erreichen.

Windräder in Bürgerhand

Bei der Neuausweisung und beim Repowering von Windenergieanlagen wollen wir auf eine breite Bürgerbeteiligung hinwirken. Ebenso wollen wir durchsetzen, dass die Anlagen an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden.

Erdverkabelung

Sollte im Zuge der zunehmenden Nutzung Erneuerbarer Energien in unserer Gemeinde der Ausbau des Hochspannungsnetzes erforderlich sein, dann bevorzugen wir aus gesundheitlichen Gründen und aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes eine Erdverkabelung.

Regionale Energieagenturen

Wir unterstützen den Aufbau von regionalen Energieagenturen, die zum Beispiel Energiesparprojekte in Schulen oder Bürgerinformationsveranstaltungen initiieren können. Im Arbeitskreis Energie muss diese Arbeit weiter vorangetrieben werden.

Grüne Energie

Wir wollen den ländlichen Raum in die Entwicklung grüner Energie einbeziehen. Dazu sollte über Stadt- und Ländergrenzen hinausgedacht und gehandelt werden – zum Beispiel durch die Nutzung des Salzstocks Beverstedt als Pilotprojekt zur Wasserstoff-Speicherung aus grünem Windkraftstrom. Oder durch die Weiterentwicklung des kommunalen Kompostierungsplatzes zu einem Terra-Preta-Biokohle-Projekt.

Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz von Pflanzen, Tieren, Luft und Böden ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gesunde und lebenswerte Zukunft. Entsprechend ist die Erhaltung von Umwelt und Natur seit der Gründung ein Kernanliegen von Bündnis 90/Die Grünen. Gerade auf kommunaler Ebene sehen wir dazu konkrete Spielräume. Denn durch Landschaftsplanung, die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie durch eine konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz haben Landkreise und Gemeinden große Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine nachhaltige Umweltpolitik. Ebenso muss auch die Rolle des ehrenamtlichen Naturschutzes durch lokale Gruppen von Umweltverbänden weiter gestärkt werden.

Ein zentraler Bezugspunkt für unsere Umweltpolitik auf kommunaler Ebene ist der zunehmende Verlust an Biodiversität, den wir als ebenso dramatisch erachten wie die Klimakrise. Um einen wirksamen Schutz unserer Umwelt und der Artenvielfalt zu erreichen, fördern wir ökologischen Landbau, die Ökologisierung konventioneller Landwirtschaft, flächensparendes Planen und Bauen, den Erhalt wertvoller Lebensräume, die Ausweisung weiterer Schutzgebiete und Biotope und die Schaffung von mehr Wildnis und freier Natur an Land, in Flüssen sowie in Seen und Meeren.

Als wichtigen Bausteine für eine nachhaltige Umweltpolitik vor Ort betrachten wir auch die Themen Wiederbewaldung und Waldumbau. Statt auf Monokulturen setzen wir dabei auf naturnahe, klimaresiliente Mischwälder. Entsprechend fordern wir Aufforstungsprojekte. Besonders wichtig für den

Naturhaushalt in Niedersachsen und in unserer Gemeinde sind außerdem die verbliebenen Moore. Die Bewahrung dieser Flächen dient nicht nur dem Naturschutz, sondern auch dem Schutz des Klimas, denn Mooregebiete sind wirkungsvolle CO₂-Speicher.

Ebenso unterstützen wir eine klimafreundliche, kreislauforientierte und regional verwurzelte Landwirtschaft, die altes Erfahrungswissen mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden, digitalen Anwendungen und mit nachhaltigem Wassermanagement kombiniert. Eine derart vielfältige Landwirtschaft produziert nicht für Märkte, sondern dient in erster Linie dem Menschen. Denn Menschen haben ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel!

Ablehnung der Küstenautobahn A20

Ein zentraler Aspekt unserer Umweltpolitik vor Ort ist die konsequente Ablehnung der Küstenautobahn A20. Und das aus gutem Grund, denn die Autobahn macht krank, sie beeinträchtigt unsere Lebensqualität, sie zerstört unsere Umwelt, sie verschwendet Steuergelder, sie erzeugt kein Wirtschaftswachstum und sie schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Kurz: Die Küstenautobahn A20 schwächt unsere Region!

Hinzu kommt, dass der Bau der A20 weite Teile unserer Gemeinde zerschneiden und außerdem ihre Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten stark einschränken würde. Wir werden den Bau der Autobahn deshalb nicht unterstützen. Stattdessen fordern wir die Gemeinde Beverstedt dazu auf, gegen das Projekt zu klagen. Die A20 ist ein Umwelt- und Klimakiller ersten Ranges. Entsprechend lehnt auch das Umweltbundesamt das Bauvorhaben ab.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Das BundesBauGesetz bietet uns zahlreiche Möglichkeiten, um eine nachhaltige Siedlungspolitik umzusetzen und hier vor Ort zum Erreichen der Klimaziele beizutragen. Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Wir wollen die Mobilität im ländlichen Raum durch Dorfflitzer, E-Ladestruktur und Carsharing fördern. Außerdem unterstützen wir die Mobilitätskarte für ältere Menschen, die auf ihren Führerschein verzichten möchten. Und wir setzen auf kostenlose Anrufsammeltaxis, um ihre Teilnahme an kulturellen Angeboten zu ermöglichen.
- Mit Blick auch auf nachfolgende Generationen fordern wir eine nachhaltige und flächensparende Dorfentwicklung, eine gute Baukultur und eine behutsame Nachverdichtung unter Wahrung der Grün- und Freiflächen. Um eine geringere Bodenversiegelung zu erreichen, sollten wir ökologische Wohnprojekte, Wohnviertel und Quartiere ausweisen und Neubaugebiete generell nach Gesichtspunkten des Ressourcenschutzes ausrichten.
- Wir wollen Solaranlagen, Regenwassernutzung, Gründächer und die Holzbauweise unterstützen und fördern. Parallel setzen wir uns dafür ein, dass der gesamte Gebäudebestand künftig CO₂-neutral geheizt, gekühlt, belüftet und beleuchtet wird. Die gemeindeeigenen Gebäude müssen dabei als Vorreiter vorangehen. Als wichtigen Baustein dazu betrachten wir eine zentrale und autarke Energieversorgung mit Blockheizkraftwerken und Brennstoffzellentechnik (vgl. Modellsiedlungen wie die Gemeinde Helgoland).
- Als Wohnstandort muss die Gemeinde Beverstedt ihre Potenziale weiter entwickeln und an den Bedürfnissen einer zunehmend anspruchsvollen Wohnbevölkerung ausrichten. Zentraler Ansatz-

punkt dazu ist das Wohnen in einer naturnahen Umgebung. Das entscheidende Steuerungsinstrument zur Umsetzung unserer Zielsetzungen auf kommunaler Ebene sind die Bebauungspläne, die entsprechend zur planerischen Grundlage für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und für die weitere Entwicklung vor Ort werden müssen. Ganz konkret wollen wir einen Landschaftsplan, einen Gründlandplan und ein Gewässerkataster für das Gemeindegebiet aufstellen und zur Grundlage der weiteren Entwicklung machen. Mit Hilfe der Bauleitplanung wollen wir außerdem das Ziel einer Null-Emissions-Gemeinde erreichen.

- Wir fordern die Gemeinde dazu auf, innerhalb der bebauten Ortsteile eine Baumschutzsatzung zu beschließen und außerhalb der bebauten Ortsteile „geschützte Landschaftsbestandteile“ festzusetzen und dafür ein Kataster aufzustellen. Die rechtliche Grundlage dafür bieten das Bundesnaturschutzgesetz § 29 und das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz §22. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Intensivierung der Landnutzung fordern wir außerdem eine Rekommunalisierung der Randstreifen und deren Einbindung in ein Biotopverbundsystem, die naturnahe Entwicklung von Fließgewässern (vgl. Billerbek) und eine naturschutzkonforme Nutzung von gemeindeeigenen Flächen.

Wasserqualität

Unser Trinkwasser wird aus Grundwasser gewonnen. Gleichzeitig steigen die Umweltbelastungen vor Ort durch Düngung und Pflanzenschutz immer weiter an. In vielen Gräben unserer Gemeinde finden sich mittlerweile deutlich erhöhte Nitratwerte, ebenso werden Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gemessen (rote Gebiete). Mittel- bis langfristig können sich dadurch hohe Investitionen für die Wasseraufbereitung ergeben, die auch zu steigenden Wasserpreisen führen würden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Einhaltung der Grenzwerte bei Düngung und Pflanzenschutz zu überprüfen. Ebenso wollen wir Projekte zur Verringerung des Eintrages mit den Beteiligten initiieren.

Dezentrale Abwasserbeseitigung

Viele Haushalte in der Gemeinde Beverstedt sind nicht an die zentrale Kläranlage angeschlossen. Für unsere Streusiedlungen ist der Anschluss an das öffentliche Abwassersystem ohnehin nicht sinnvoll. Denn die Anschluss- und Unterhaltungskosten für die langen Strecken stehen in einem ungünstigen Verhältnis zu den wenigen Einwohnern. Anschlüsse aller Bewohner*innen in der Gemeinde sind nicht finanzierbar. Deshalb bevorzugen wir in solchen Fällen eine dezentrale Entsorgung der nachgeklärten Abwässer.

Weitere Aspekte

Die Kommune Beverstedt besitzt eine Reihe von Wegen mit einer Breite von 15 Metern. Im Rahmen einer fortschreitenden Intensivierung der Landwirtschaft wurden diese Flächen schrittweise und stillschweigend durch die Landwirte mitgenutzt. Im Zuge des „Niedersächsischen Weges“ streben wir eine einvernehmliche Lösung dieses bislang ungelösten Konfliktes an.

Wir wollen jede Möglichkeit ausschöpfen, um dem Artenschwund entgegenzuwirken! Deshalb fordern wir einen runden Tisch unter Beteiligung von Verwaltung, Gemeinderat, Landwirten und Unterer Naturschutzbehörde, um zumindest die gemeindeeigenen Flächen wieder einer extensiven Bewirtschaftung zuzuführen.

Wirtschaft

Daseinsvorsorge in der Gemeinde sichern

Wir wollen die Daseinsvorsorge in unserer Gemeinde sichern und ausbauen. Dazu zählen der ÖPNV, unsere technische und soziale Infrastruktur ebenso wie ein umfassender Zugang zu Kultur, Künsten und kultureller Bildung. Wichtige Bausteine der Daseinsvorsorge vor Ort sind außerdem die Versorgung mit Energie, Trink- und Brauchwasser, ein flächendeckendes schnelles Internet sowie viele andere Dinge des täglichen Lebens. Die Bereiche Bildung, Wasser, Abwasser und Energie betrachten wir dabei als originäre Aufgaben der Gemeinde, die nicht den Gesetzen von Konkurrenz und Markt unterliegen sollten.

Internetbreitbandangebot

Das schnelle Internet muss künftig für alle Bürger*innen zur Verfügung stehen. Dies gilt nicht nur für Gewerbetreibende, sondern ist auch für Arbeitnehmer*innen eine wichtige Voraussetzung für die Wahl unserer Gemeinde als Wohnstandort. Das gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Verbreitung von Home-Office-Lösungen. An dieser Stelle sehen wir insbesondere Bund und Länder in der Pflicht. Denn die Schaffung von Infrastruktur ist vorrangig deren Aufgabe.

ÖPNV weiterentwickeln

Wir setzen uns dafür ein, das vorhandene System des Sammeltaxis für die gesamte Bevölkerung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Neben einer verbesserten Linienführung und günstigeren Preisen wollen wir dabei auch eine vereinfachte Reservierung zum Beispiel per E-Mail, SMS oder App erreichen.

Parallel dazu müssen die Zugänge zu Bahnhöfen oder Bushaltestellen vollständig barrierefrei bleiben bzw. entsprechend hergerichtet werden. Wichtig dazu sind unter anderem kurze Wege auf den Bahnhöfen sowie zusätzliche Fußgängerbrücken oder -tunnel. Zusätzlich streben wir an, Fahrradunterstellmöglichkeiten nahe an die Übergänge zu verlegen und den dort zur Verfügung stehenden Platz ggf. mit PKW-Stellplätzen zu tauschen.

Gesundheit

Wir wollen die ärztliche Versorgung in den Ortschaften der Gemeinde sicherstellen und den Ausbau von zentralen Gesundheitsangeboten weiter ausbauen. Das dient nicht nur der Gesundheit unserer Einwohner*innen, sondern sorgt auch für höhere Besucher*innenfrequenzen und unterstützt gleichzeitig unsere Gewerbetreibenden.

Radnetz erweitern

Die Ortschaften unserer Gemeinde sind zum Teil nur unzureichend durch Rad- und Fußwege miteinander verbunden. Durch die Schaffung von neuen Strecken für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen wollen wir deshalb die Anbindung von Orten und Ortsteilen verbessern, die Naherholungsfunktion der Gemeinde fördern und den sanften (Rad-)Tourismus vor Ort unterstützen. Ebenso sollten Radwege komfortabler und breiter angelegt werden, so dass sich zum Beispiel auch Lastenräder problemlos begegnen können.

Wichtig ist es außerdem, das Angebot an Radtouren im Gemeindegebiet weiterzuentwickeln und einem breiteren Publikum zur Verfügung zu stellen. So kann die Gemeinde zum Beispiel aktiv Routen im Internet oder über entsprechende App-Angebote anbieten. Dabei sollten auch attraktive Ziele wie Hofcafés berücksichtigt werden.

Wirtschaftsförderung

Die Marke „Stark am Strom“, der Zusammenschluss der Stadt Cuxhaven, der Gemeinden im Cuxland und der Stadt Bremerhaven, kann nicht die alleinige Werbeplattform für die Ansiedlung von Unternehmen in der Region bleiben. Denn die Interessen und Angebote der beiden Städte rücken die Anliegen der Gemeinden in den Hintergrund. Deshalb fordern wir eine Zielgruppenanalyse mit angepasster Gewerbegebietsstrategie.

Finanzen

Das Thema Nachhaltigkeit sollte auch im Bereich der Finanzen eine wichtigere Rolle einnehmen. Deshalb wollen wir sämtliche Ausgaben der Gemeinde im Hinblick auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN bewerten. Entscheidend ist insbesondere, dass wir bei Gebäudeinvestitionen die Aspekte Energieeffizienz und Nachhaltigkeit bereits im Rahmen der Ausschreibung stärker berücksichtigen. Ganz ausdrücklich streben wir dabei einen höheren Energiestandard an, der über die Vorgaben des geltenden Gebäudeenergiegesetzes hinausreicht.

Keine Massentierhaltung in der Gemeinde

Wir unterstützen die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft und wollen den ökologischen Landbau stärken. Die industrielle Massentierhaltung lehnen wir konsequent ab!

Regionalen Einzelhandel erhalten und stärken

Wir wollen die regionale Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass regionale Kreisläufe unterstützt werden. Denn regionale Wirtschaftskreisläufe sind deutlich ökologischer und stärken insbesondere strukturschwache Regionen. Unterstützen wollen wir entsprechend die örtlichen Betriebe, den Beverstedter Regiomarkt, den Wochenmarkt, die nachhaltigen Angebote der hiesigen Gewerbetreibenden und das vorhandene Fair-Trade-Angebot.

Ortskerne umgestalten

Wir möchten, dass die vorhandenen großen Plätze in der Gemeinde stärker durch die Bürger*innen genutzt werden können. Konkret wollen wir keine großen Parkplätze, die häufig leer stehen, sondern Plätze mit mehr Aufenthaltsqualität und mit freiem WLAN. Ganz wichtig ist uns außerdem, dass zukünftige Quartiere und Baugebiete in unserer Gemeinde nach den Kriterien der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN geplant werden.

Kinderbetreuung

Wir wollen eine verbesserte Kinderbetreuung in unserer Gemeinde erreichen. Dazu haben wir folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, die das Land Niedersachsen den Kommunen im Kindertagesstätten-Gesetz bei der Schaffung von Kitaplätzen vorgibt.
- Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung und der Personalausstattung ein. Dafür wollen wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel schrittweise und zügig anheben und die Verfügungszeit für Fachkräfte für pädagogische Aufgaben ausweiten. Ebenso wollen wir dafür sorgen, dass in jeder Gruppe mindestens eine Fachkraft über eine heilpädagogische Zusatzqualifikation verfügt.
- Wir wollen den Fachkräftemangel bekämpfen, indem wir die Ausbildungsplatzkapazitäten insbesondere für berufsbegleitende Angebote deutlich ausbauen. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass eine angemessene Ausbildungsvergütung gewährleistet und dass die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern besser bezahlt wird.
- Wir wollen unseren direkten politischen Einfluss vor Ort dazu nutzen, um nicht nur den großen Ortschaften der Gemeinde Beverstedt, sondern auch den kleinen Ortschaften eine bedarfsgerechte Öffnungszeit ihrer Kindertagesstätten zu ermöglichen. Denn Eltern sind häufig auf eine erweiterte Öffnungszeit angewiesen, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Außengelände der Kindertagesstätten als Spielfläche für Kinder so großzügig wie möglich gestaltet werden.
- Um ein erweitertes Kita-Angebot für Eltern und Kinder zu ermöglichen, unterstützen und begrüßen wir alternative pädagogische Konzepte wie zum Beispiel einen Waldkindergarten oder neue innovative Angebote wie Kitas in Wohnquartieren oder Seniorenzentren.
- Der Neubau oder die Renovierung von Kitas sollten CO₂-neutral erfolgen.

Kinder-, Jugend- und Kulturpolitik

Wir wollen die Kinder-, Jugend- und Kulturpolitik vor Ort stärken. Dabei haben wir insbesondere die folgenden Aspekte im Blick:

- In der Corona-Pandemie mussten Kinder und Jugendliche über einen langen Zeitraum ihre natürlichen Bedürfnisse nach sozialem Kontakt und Nähe drastisch einschränken. In der Aufarbeitung der Krise wollen wir diesen Bedürfnissen nun höchste Priorität einräumen.
- Kinder brauchen die Freiheit, sich zu bewegen, zu spielen und zu lernen, zu lachen und zu weinen, um sich bestmöglich entwickeln und frei entfalten zu können. Sie haben eigene Rechte, die in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft gehören. Kinder sind Expert*innen in eigener Sache und sollten ganz bewusst mit einbezogen werden, wenn es um Angelegenheiten geht, die sie betreffen. Ihr Interesse sollte überdies zur Leitlinie bei der Ausstattung von öffentlichen Räumen und Institutionen werden.

- Das Ehrenamt hat eine konstitutive Rolle in unserer Demokratie und für unser Zusammenleben. Seine Ausübung erfordert Zeit, Anerkennung, Weiterbildung und Förderung, die wir als Gesellschaft bereitstellen müssen.
- Freie Kultur und Kunst sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches Zusammenleben. Deshalb sind Kulturorte für die Gesellschaft unverzichtbar.
- Wir garantieren der Jugend- und Kulturpolitik vor Ort auch bei knappen Haushaltsmitteln uneingeschränkten Bestandsschutz. Dazu gehören unter anderem:
 - Örtliche Jugendhäuser
 - Kinder- und Jugendparlamente oder Foren
 - Schüler*innen-Räte
 - Förderung von Vereinen und Verbänden sowie der außerschulischen Jugendarbeit
 - Kommunale Musikschule Beverstedt-Hagen
 - Weiterentwicklung des Skater-Platzes und der Sportstätten in der Gemeinde
 - Skulpturenpark Kramelheide
 - Zum Schutz vor Kindeswohlgefährdung wollen wir die Standards für Prävention, Personalausstattung, Fortbildungen sowie für Beratung und Therapie verbessern
 - Für eine optimierte Schulwegsicherung unterstützen wir für alle Grundschulen das Modell „Schulexpress“
 - Vergünstigungen für Ehrenamtliche (Ehrenamtskarte, Juleica)

Gute Schule

Das Bildungssystem soll zu ganzheitlichem Denken, zu nachhaltigem Handeln, zu gegenseitigem Respekt und zu verantwortungsvollem Entscheiden befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Es ist damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Um diese Basis zu stärken, stehen wir für diese Inhalte:

- Wir wünschen uns sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen.
- Unser Bildungssystem soll durchlässiger, gerechter und leistungsfähiger werden und damit an die internationale Spitzengruppe anschließen können.
- In der Schulpolitik stehen wir für das bewährte Modell der Integrierten Gesamtschule (IGS) – einer Schule für alle. Im Gegensatz zur Oberschule werden dort alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet. Die Vorteile der IGS sind langes gemeinsames Lernen, Chancengerechtigkeit und maximale Durchlässigkeit, statt der sonst praktizierten frühzeitigen Trennung und Ausgrenzung. Ein wesentliches Element von Integrierten Gesamtschulen ist außerdem eine individuelle Förderung, bei der jede und jeder gemäß ihrer oder seiner Stärken und Schwächen unterstützt wird. Wir Grüne würden daher die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule in jeder Region des Landkreises begrüßen, um Kindern und Eltern eine größere Freiheit bei der Wahl der Schulform zu ermöglichen.

- Kitas und Schulen sollen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche durchgängig Wertschätzung und Mündigkeit erfahren, demokratisches Zusammenleben praktisch leben und über ihre Lernprozesse mitentscheiden können. Der Zugang zu Schulen und Kitas sowie zu Lernmitteln sollte deshalb für Lernende und Lehrende (kosten-)frei sein. Das gilt auch für digitale Endgeräte, benötigte Software und für den Internetzugang.
- Lebensbegleitendes Lernen erfordert ein breites Spektrum an privaten, betrieblichen und auch öffentlich verantworteten Weiterbildungsinstitutionen. Wir wollen, dass Orte der außerschulischen Bildung ein bezahlbares und flexibel nutzbares Weiterbildungsangebot für alle anbieten.

Seniorenfreundliche Gemeinde

Wir wünschen uns Beverstedt als eine seniorenfreundliche Gemeinde, die eine hohe Lebensqualität und Selbständigkeit im Alter ermöglicht. Um das zu erreichen, muss die Betreuung von älteren Menschen noch stärker in das kommunale Zusammenleben eingebettet werden. Neben den nötigen Seniorenpflegeheimen wollen wir deshalb die ambulante Versorgung durch unsere Kommunale Sozialstation weiter ausbauen und mit neuen Wohnformen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse älter, noch selbständiger Menschen reagieren.

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft steht kommunale Altenpolitik außerdem vor der Aufgabe, eine Infrastruktur der Grundversorgung vor Ort aufzubauen. Als wichtige Aspekte dazu fordern wir eine verbesserte Barrierefreiheit auf allen Ebenen, altersgerechtes und bezahlbares Wohnen, ein bedarfsgerechtes Angebot des ÖPNV, gute medizinische Versorgung zentral und auch vor Ort, ausreichende ambulante Angebote sowie einen verbesserten Zugang zu guter Pflege

Um das Zusammenleben von Jung und Alt zu fördern, setzen wir auf Mehrgenerationenprojekte wie Mehrgenerationen-Spielplätze oder Kitas in Seniorenzentren. Unterstützen würden wir außerdem ein zukunftsgerichtetes Palliativangebot in Form einer Hospizeinrichtung in Beverstedt.

Migration

Neu ankommende Migrant*innen sind Teil unserer Gemeinschaft und brauchen Unterstützung bei der Integration. Entscheidende Schlüssel hierzu sind persönliche Kontakte mit Alteingesessenen und ein qualifizierter Spracherwerb. Entsprechend müssen wieder Sprach- und Integrationskurse in ausreichender Zahl in Beverstedt stattfinden. Weiterhin begrüßen wir die Anstellung eines hauptamtlichen Integrationsbeauftragten und unterstützen die ehrenamtliche Arbeit von Mitbürger*innen und Vereinen.

Demokratie und Bürger*innenbeteiligung

Wir wollen den Begriff „Bürger*innenbeteiligung“ mit Leben füllen. Das beinhaltet echtes Interesse an Bedürfnissen, Ideen und an der Mitarbeit engagierter Bürger*innen. Ein wichtiger Baustein dazu sind regelmäßige Bürger*innenversammlungen, die Austausch, Transparenz und Mitsprache bei kommunalen Vorhaben ermöglichen.

Weiterhin begrüßen wir die Schaffung von Bürger*innenräten, die bei ausgewählten Themen nach fachlicher Beratung direkten Einfluss auf den Entscheidungsprozess nehmen könnten. Ebenso sollten allen Ortsvorsteher*innen verpflichtende Beiräte zugeordnet werden. Ganz wichtig ist außerdem die Einbindung der jungen Generation, um Lust auf Demokratie und Gestaltung der eigenen Zukunft zu machen.

Mobilität

In ländlichen Räumen sind viele Menschen auf das Auto angewiesen, entsprechend groß sind hier die Herausforderungen bei der Umsetzung der Mobilitätswende. Um immerhin nicht zwingend ein zweites oder drittes Auto zu benötigen, fordern wir einen verlässlichen Takt bei der ÖPNV-Anbindung ebenso wie bezahlbare, leicht erreichbare „Dorfflitzer“ (Carsharing). Und da, wo weiterhin ein Auto gebraucht wird, soll es künftig emissionsfrei und digital vernetzt sein.

Zusätzlich planen wir, Fremdmittel des Landes, des Bundes und der EU einzuwerben, um Bürgerfahrzeuge, Carsharing-Projekte und den Aufbau einer E-Ladesäulen-Infrastruktur zu initiieren und voranzutreiben. Sämtliche Projekte sollen unter Einbindung der Bürger*innen gestaltet werden.

Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit

Wir unterstützen alle Initiativen von Bürger*innen, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden, die sich Rassismus, Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit entgegen stellen.

Frieden

Wir begrüßen alle Aktivitäten von Menschen vor Ort, die sich für den Frieden engagieren. Auf kommunalpolitischer Ebene möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Gemeinde Beverstedt dem Friedensbündnis „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) beitrifft. Die Organisation ist 1982 vom Bürgermeister Hiroshimas gegründet worden, sie setzt sich für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen ein. In Deutschland sind mittlerweile mehr als 700 Mitglieder dem Bündnis beigetreten. Hannover als Landeshauptstadt ist eine der Vizepräsidenten und Exekutivstädte des Bündnisses und „Lead City“ für Deutschland. Aus unserer Region ist die Stadt Osterholz-Scharmbeck dem Bündnis beigetreten.

Digitalisierung

Die Digitalisierung durchzieht mittlerweile sämtliche gesellschaftlichen Lebensbereiche und verändert unsere Gesellschaft in einem rasanten Tempo. Als Politik haben wir die Verantwortung, die digitale Zukunft durch wertegeleitete Regulierung, Anreize und gezielte Förderung so zu gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten entspricht. Dabei orientieren wir uns an folgenden Leitlinien:

- Digitalisierung ist konsequent an Nachhaltigkeit auszurichten und muss so gestaltet werden, dass sie Freiheit und Selbstbestimmung stärkt, statt sie einzugrenzen.
- Jeder Mensch hat das Recht, sich frei zu informieren und zu kommunizieren. Jedem Menschen steht deshalb ein offener und schneller Zugang zum Internet zu.
- Jeder Mensch hat ein Recht auf digitale Selbstbestimmung. Die Ausforschung oder Manipulation von Menschen sollte verboten sein.
- Die Digitalisierung soll den Menschen dienen, nicht der Mensch der Maschine.
- Digitalisierung kann dazu beitragen, unsere Zukunftsprobleme zu lösen. Ihre Risiken sind allerdings kritisch zu beobachten und einzudämmen.

Eigene Expertise bereitstellen und lokal anwenden

Wir wollen die öko-digitale Kommune schaffen. Dazu benötigen wir eine Koordinierungsstelle Digitales im Landkreis und in den Kommunen. Ebenso fordern wir eine fachkundige Beratungsstelle zur Unterstützung lokaler Akteur*innen wie Kommunen oder Vereinen bei der Erkundung digitaler Kommunikationsformen.

Wir wollen außerdem, dass alle Menschen am digitalen Fortschritt teilhaben können. Um das zu erreichen, sind geeignete Schnittstellen zwischen den Systemen erforderlich. Durch technische oder beratende Hilfe wollen wir entsprechend Orte schaffen, an denen sich alle Menschen begegnen können. Ganz wichtig dazu sind eine einfache Sprache bei behördlichen Internetauftritten und Bürger*innenpost sowie eine adressat*inengerechte Darstellung der Ratsarbeit.

Technologiekritik

Wir fordern eine breite Diskussion über die Folgen des digitalen Wandels, um so mit allem Nachdruck ein Bewusstsein für die sich daraus ergebenden Konsequenzen, Chancen und Risiken zu schaffen. Neben der technisch-ökonomischen Ebene müssen insbesondere auch die gesellschaftlichen und sozial-ethischen Aspekte, aber auch die Gesundheitsrisiken und die Umweltbelastungen durch Digitalisierung thematisiert werden. Ganz entscheidend ist hierbei, dass die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt erkannt und durch entsprechende Gegenmaßnahmen flankiert werden.

Wir Grüne setzen uns für das geschützte Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Entsprechend wollen wir die Bürger*innen über das Thema Künstliche Intelligenz informieren und sie über die Gefahren einer durch KI unterstützten, individuell optimierten Manipulation im Sinne einer kybernetischen Diktatur aufklären.

Bei der Verwendung von Mobilfunktechnologien wie WLAN, 4G oder 5G sind die geltenden Grenzwerte für Strahlenbelastung einzuhalten und neuen zukünftigen wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen.

Digitale Infrastruktur

Digitale Infrastruktur ist Aufgabe von Bund und Ländern, ihr Ausbau und ihre Förderung darf deshalb die Haushalte von Kreisen und Kommunen nicht zusätzlich belasten. An der konkreten Ausgestaltung müssen Kreise und Kommunen allerdings beteiligt werden. Hierzu ist es zwingend erforderlich, die spezifischen Bedürfnisse und Bedarfe des Lebens auf dem Lande zu berücksichtigen.

Um eine breite Aufklärung und maximale Transparenz für die beteiligte Bevölkerung als auch für die Politik vor Ort zu erreichen, müssen neue Technologien auf breiter Ebene diskutiert werden. Ganz wichtig ist außerdem, dass die digitale Infrastruktur nicht den Kapitalinteressen ausgesetzt ist, sondern an der Gemeinwohlökonomie ausgerichtet wird. Fördern wollen wir deshalb die weitere Verbreitung von Open Source und Open Data, die allen Menschen dienen.

Digitale Wirtschaftsförderung

Wir wollen die Digitalisierung in unserer Region weiter vorantreiben. Das erfordert nicht nur, dass wir technologisch exzellent aufgestellt sind, sondern bedeutet vor allem, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung vor Ort noch besser genutzt und in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umgewandelt werden.

Ganz gezielt wollen wir außerdem digitale Handlungsansätze aufgreifen, die sich zur nachhaltigen Bewältigung der Herausforderungen ländlicher Regionen eignen und die die ökologische Entwicklung vor Ort weiter vorantreiben. Zum Schutz gegen mögliche Abhängigkeiten ziehen wir dabei eine Systementwicklung mit unabhängigen Anbietern der Zusammenarbeit mit globalen Systemanbietern vor. Als wichtigen Förderschwerpunkt betrachten wir überdies die IT-Sicherheit kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Um die digitale Entwicklung auf kommunaler Ebene zu unterstützen und voranzutreiben, setzen wir auf Maßnahmen zur Koordinierung, auf neue Förderprogramme sowie auf Marketing, Clusterbildung und Kooperationen. Soweit möglich streben wir außerdem eine Maßnahmenbündelung im Sinne einer „digitalen Region“ an, die insbesondere die Bildung von Kompetenzzentren sowie Kooperationen mit ansässigen Kompetenzträgern wie Hochschulen oder anderen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen umfasst.

Wir befürworten die Schaffung von Gewerbeflächen und Räumen für Start-ups. Und wir wollen die Entwicklung interdisziplinärer digitaler Anwendungen anregen und fördern.

Schule und Bildung

Wir verstehen Digitalisierung als Querschnittsaufgabe in sämtlichen Schulfächern. Deshalb sollte Medienpädagogik als Pflichtfach kurzfristig in die Lehrpläne aller Jahrgangsstufen aufgenommen und von Fachkräften unterrichtet werden.

Um die Digitalisierung angstfrei und kritisch zu gestalten, müssen wir sie verstehen und praktisch anwenden können. Deshalb fordern wir, dass alle Schüler*innen kostenfrei über digitale Endgeräte verfügen. Parallel dazu sollten alle Lehrkräfte regelmäßige Angebote zu Fortbildungen in den Bereichen Medienpädagogik und digitaler Unterricht erhalten.

Weiterhin fordern wir, dass Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen Fortbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen anbieten. Die Finanzierung dieser Angebote muss sichergestellt sein.

Bürger*innenbeteiligung

Um eine breite Bürger*innenbeteiligung zu ermöglichen, wollen wir „gläserne Räte und Verwaltungen“ schaffen. Die dazu erforderlichen digitalen Plattformen müssen bürgernah gestaltet und dem Gedanken der Inklusion entsprechend in einfacher Sprache verfasst sein. Unser Ziel ist eine umfassende Plattform, auf der die Ergebnisse aus Seniorenräten, Jugendforen, Beiräten, Zukunftswerkstätten, Arbeitskreisen oder Bürgerräten zusammenfließen. Dabei ist in besonderer Weise auf Aspekte wie Datenschutz, Netzmobbing und Wahrung der Persönlichkeitsrechte zu achten.

Zukunftsdiskurse moderieren

Klimawandel und Covid-Pandemie zeigen auf, dass wir mit Mut in eine neue Zukunft aufbrechen müssen. Auch die Kommunalpolitik muss dazu eigene Visionen beisteuern und neue Leitbilder entwickeln. Wichtig ist, dass die neuen Strukturen, Projekte und Prozesse auch auf digitalen Plattformen transparent gestaltet und kommuniziert werden.

EPILOG:

Stellen Sie sich einfach mal vor, wir könnten die 7 Milliarden Euro aus dem geplanten Bau der A20 zur Einhaltung der Klimaziele und für die Bewahrung der Biodiversität in unserer Region einsetzen...

Anhang

Unsere zentralen Argumente gegen die Küstenautobahn:

- Die Zahlen und Fakten für den Bundesverkehrswegeplan bis 2030 zeigen auf, dass die A20 den schlechtesten Kosten-Nutzenfaktor aller Autobahnprojekte bundesweit aufweist. Die Kosten werden nach aktuellen Berechnungen mit rund 7 Milliarden Euro beziffert. Die A20 ist damit das teuerste aller bundesweiten Autobahnplanungen und bietet andererseits nur eine geringe Verkehrswirksamkeit. Aufgrund dieser enormen Ineffizienz ist das Projekt nicht zeitgemäß!
- Der von einigen Lokalpolitikern propagierte wirtschaftliche Nutzen für die Region durch die A20 ist sachlich nicht fundiert. Es gibt keine Studien, die eine wirtschaftliche Entwicklung durch Autobahnen in ländlichen Regionen nachweisen. Stattdessen dürfte das Gegenteil der Fall sein: Ortsansässige Betriebe werden durch steigenden Konkurrenzdruck geschwächt, Arbeitsplätze gehen vermehrt verloren und Neuansiedlungen von Industrie und Gewerbebetrieben sind durch die A20 nicht zu erwarten.
- Die A20 zerschneidet nicht nur einzigartige Landschaften von hohem ökologischen Wert. Sie ist ausschließlich Neubaustrecke, die auf bisher naturnahen Gebieten erhebliche Flächen versiegeln würde. Diese „schützenswerten unzerschnittenen Räume“ würden durch das Projekt unwiderruflich zerstört.
- In der Region rund um die A50 leben etwa 50 Tier- und Pflanzenarten, die durch die „Rote Liste“ als hoch schützenswert eingestuft sind. Durch den Autobahnbau ist ihr Lebensraum bzw. Rückzugsgebiet stark gefährdet.
- Die „wirksame Entlastung der Hamburger Elbquerungen“ als ein wesentliches Planungsziel für den Bau der A20 wird nicht erreicht. Der Entlastungseffekt ist so minimal, dass die immensen Baukosten nicht gerechtfertigt sind.
- Der Bau der A20 untergräbt unsere Klimaziele und die erklärte Absicht, den menschengemachten globalen Temperaturanstieg durch den Treibhauseffekt auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Erwartbare Folgen durch den Bau der A20:

- Durch den zu erwartenden Autobahnzugangsverkehr und durch MAUT-Flüchtlinge kommt es zu unzumutbaren Mehrbelastungen durch erhöhtes Verkehrsaufkommen für die Anwohner*innen und Nutzer*innen der Bundes- und Kreisstraßen entlang der Trassen.
- Durch den Bau der A20 würde eine durch Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft zerstört. Wertvolle landwirtschaftliche Flächen gehen verloren, landwirtschaftliche Betriebe werden ver-

nichtet und eine zukunftsorientierte Entwicklung ist den wenigen verbleibenden Betrieben nicht mehr möglich.

- Die Streckenführung der A20 verläuft durch ein verkehrsarmes belastetes Gebiet. Durch den Transitverkehr der A20 und die in erheblichem Umfang entstehenden induzierten Verkehre würde unsere Region einen wesentlichen Standortfaktor verlieren: Die Möglichkeit eines ruhigen, naturnahen Lebens mit guter Anbindung an die Großstädte Bremen und Hamburg. Parallel dazu würde auch dem „sanften Tourismus“ in der Region die Grundlage entzogen.
- Durch die dramatische Zunahme von Lärmemissionen und schädlicher Stoffe wie Kohlendioxid, Stickoxid oder Schwefeldioxid in einem bisher gering belasteten Gebiet ist eine massive Gesundheitsgefährdung zu erwarten. Die Einzigartigkeit unserer Region als Lebens- und Wohngebiet wird zerstört, ein wirksamer Lärmschutz ist rechtlich und faktisch unmöglich.
- Die Fahrtzeiten nach Hamburg würden sich durch den Bau der A20 nicht nennenswert verkürzen. Durch das Nadelöhr Elbtunnel und die langwierige Einfahrt über die A23 ab Elmshorn würden in der Summe maximal 10 Minuten gewonnen.